



---

## **Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik**

14. Sitzung (öffentlich)

26. November 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.30 Uhr bis 17.45 Uhr

Vorsitz: Ute Koczy (GRÜNE)

Stenografen: Helmut Röhrig, Uwe Scheidel (Federführung)

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite**

**1 Aktuelle Viertelstunde**

**Thema: Landesinstitut für Internationale Berufsbildung 1**

Einem Bericht des MASQT schließt sich eine Aussprache an.

**2 Finanzierung einer Ölpipeline ("Oleoducto de Cudo Pesado") durch Mittel der WestLB in Ecuador 5**

Der Ausschuss erörtert das Thema unter Beteiligung des Finanzministeriums und des MUNLV. Das Thema wird im Rahmen eines Expertengesprächs anlässlich der Ausschusssitzung am 14. Januar 2001 erneut aufgegriffen.

**3 Ausblick auf den Europäischen Rat in Laeken**

Bericht der Landesregierung  
EU-Vorlage 13/127

14

Der Ausschuss nimmt einen Bericht der Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten zur Kenntnis.

**4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/1400

in Verbindung damit

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2002 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2002**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/1402

Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen im

- a) **Einzelplan 02 - Ministerpräsident**
- b) **Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

17

Der Ausschuss berät abschließend zu den Eine-Welt-relevanten Haushaltspositionen im Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - und lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU und der FDP ab.

Dem Entwurf des Kapitels 10 045 stimmt der Ausschuss mit den Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU und der FDP zu.

## **5 Gemeinwohlorientierte Leistungen als Teil des europäischen Gesellschaftsmodells**

Antrag der Fraktion der SPD und  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 13/1223

in Verbindung damit

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/1349

**Öffentliche Daseinsvorsorge innerhalb der EU muss sich an den Grundsätzen der Subsidiarität und der Wettbewerbsneutralität ausrichten**

Vorlagen 13/0892 und 13/0961

22

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drucksache 13/1223 - unter Berücksichtigung der vom Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen Änderung mit den Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU und der FDP zu.

Der Ausschuss lehnt den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU - Drucksache 13/1349 - mit den Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU und der FDP ab.

## **6 Informationsfreiheit auch in der digitalen Welt sichern**

Antrag der Fraktion der SPD und  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 13/1313

26

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drucksache 13/1313 - mit den Stimmen der SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der FDP zu.

**7     Nordrhein-Westfalen muss Beziehungen zu Frankreich verbessern**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/540

26

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 13/540 - mit den Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU und der FDP ab.

**8     Kompetenzen der Euregios stärken - grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/1586

28

Der Ausschuss erörtert den Antrag der CDU-Fraktion und verständigt sich darauf, noch keinen Beschluss zu fassen.

**9     Internationalisierung des nordrhein-westfälischen Mittelstandes stärken**Antrag der Fraktion der SPD und  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 13/1602

31

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drucksache 13/1602 - mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU und der FDP zu.

**10 Die Arbeit des Deutschen Entwicklungsdienstes und sein Wirken für NRW 31**

Einem Vortrag durch den Geschäftsführer des Deutschen Entwicklungsdienstes, Dr. Jürgen Wilhelm, schließt sich eine Aussprache an.

**11 Verschiedenes**

Siehe Seite 41 des Diskussionsteils.

\*\*\*\*\*



werde die Aufforderung, weitere Politikbereiche in die Mehrheitsentscheidung zu übernehmen. Auch dies werde von den Ländern ausdrücklich befürwortet.

Über den zweiten inhaltlichen Vorschlag, die Verträge in einen Teil mit Verfassungscharakter und in einen leichter fortzuentwickelnden Teil ohne Verfassungscharakter zu teilen, sei innerhalb der Länder die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen worden. Dazu gebe es noch unterschiedliche Positionen der einzelnen Bundesländer.

Fazit aus ihrer Sicht sei, dass die deutsch-französische Erklärung inhaltlich keine wesentlichen Neuigkeiten enthalte. Sie sei vielmehr ein Signal an die europäische Öffentlichkeit, dass beide Regierungen gewillt seien, ihre Motorfunktion für Europa weiter wahrzunehmen.

Neben dem zuvor ausgeführten Schwerpunkt Vorbereitung der Regierungskonferenz 2004 werde auch die EU-Erweiterung auf der Tagesordnung des Europäischen Rats in Laeken stehen. Bereits am 13. November 2001 habe die Europäische Kommission den Fortschrittsbericht zu den Beitrittskandidaten vorgelegt.

Durch die Attentate vom 11. September 2001 sei ebenfalls eine ausführliche Befassung des Europäischen Rats mit dem Thema "Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" zu erwarten. Die Bekanntgabe einer detaillierten Tagesordnung durch die belgische Ratspräsidentschaft bleibe aber nach wie vor abzuwarten. Sie werde wohl erst direkt vor dem Gipfel von Laeken vorliegen.

Der **Ausschuss** nimmt von dem Bericht Kenntnis.

#### **4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/1400

in Verbindung damit

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2002 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2002**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/1402

Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen im

- a) **Einzelplan 02 - Ministerpräsident**
- b) **Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Der **Ausschuss** wendet sich zunächst der Beratung des **Einzelplans 02 - Ministerpräsident** zu.

**Ilka Keller (CDU)** ist der Meinung, dass heute auf keinen Fall über den Haushalt abgestimmt werden könne, weil gerade erst ein Überblick über die globalen Mindereinnahmen und -ausgaben gegeben worden sei. Allein für den Europa und Eine-Welt-Bereich gehe es um einen Betrag von 18 Millionen €. Da hierzu noch interne Gespräche zu führen seien, könne die Fraktion der CDU heute an keiner abschließenden Beratung teilnehmen.

**Ausschussvorsitzende Ute Koczy** gibt zu bedenken, dass der Ausschuss verpflichtet sei, seine Haltung zu den in den Haushaltsplänen enthaltenen Positionen bis spätestens Ende dieser Woche gegenüber dem Haushalts- und Finanzausschuss mitzuteilen. Eintretende Veränderungen durch die Neueinschätzung könne der Ausschuss im Augenblick formal nicht berücksichtigen. Dies geschehe zu einem anderen Zeitpunkt. Insofern müsse heute eine Abstimmung im Ausschuss erfolgen.

**Ilka Keller (CDU)** betrachtet dies als ein unmögliches Verfahren, das in dieser Form in den vergangenen Jahren auch noch nie praktiziert worden sei. Die Fraktion der CDU werde daher mit Nein stimmen.

**Edith Müller (GRÜNE)** wendet ein, es handele sich um ein ganz normales Verfahren. Der Ältestenrat habe im Einvernehmen mit allen Fachausschüssen dieses Verfahren beschlossen. Es sei im Übrigen noch gar nicht bekannt, ob die Einzelpläne 02 und 10 von den Veränderungen betroffen seien. Insofern müsse der Ausschuss jetzt seine Meinung zum Ausdruck bringen. Bei Veränderungen müsse sich der Ausschuss erneut mit den entsprechenden Bereichen befassen.

**Angela Freimuth (FDP)** sieht alle Ausschüsse in einer misslichen Situation, da die Steuerschätzung vom November 2001 katastrophal ausgefallen sei. Es wäre sicherlich sehr viel leichter gewesen, einen unerwarteten "Geldsegen" in den Haushalt aufzunehmen. Nach Ihrer Auffassung sei es notwendig, die erwarteten geringeren Steuereinnahmen in den Haushalt einzuarbeiten. In diesem Zusammenhang bitte sie darzulegen, inwieweit innerhalb des Kabi-



netts Überlegungen angestellt worden seien, wie eine Erwirtschaftung der globalen Minderausgaben möglich sei.

**Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**, entgegnet, die globale Minderausgabe erstrecke sich auf die Ausgaben, für die keine rechtliche Bindung bestehe. Die Aufteilung der globalen Minderausgabe auf die einzelnen Ressorts sei anhand der Ansätze, für die keine rechtliche Bindung bestehe, erfolgt.

Eine globale Minderausgabe in dieser Größenordnung sei bisher noch nie erforderlich gewesen. Dies werde zu einer strengen Monitorierung während des gesamten Haushaltsjahres führen. Es müsse sehr restriktiv vorgegangen werden, um diese globale Minderausgabe erbringen zu können.

Alternative zur globalen Minderausgabe wäre ein Eingriff in Einzelpositionen zum jetzigen Zeitpunkt gewesen. Dann wäre nicht die Möglichkeit gegeben, Entwicklungen im Rahmen des Haushaltsvollzugs zu berücksichtigen. Der Weg der globalen Minderausgabe sei da weniger einschneidend und biete den Ressorts sehr viel mehr Freiheit.

Die globale Minderausgabe von 18 Millionen € erstrecke sich auf den gesamten Etat ihres Ressorts. Die globale Minderausgabe würde die Ansätze für den Bereich Eine-Welt bereits um das ungefähr Dreifache übersteigen. Der Bereich Eine-Welt umfasse aber weit weniger als ein Prozent der Ausgaben ihres Ressorts. Insofern werde die Relation deutlich. Die globale Minderausgabe stelle eine große Herausforderung dar und bedinge ein sehr restriktives Vorgehen.

**Hannelore Kraft, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten**, ergänzt, die globale Minderausgabe im Einzelplan 02 belaufe sich auf 3,8 Millionen €. Inwieweit davon der Europabereich betroffen sei, könne sie derzeit noch nicht sagen, da man hierzu derzeit innerhalb des Ressorts Diskussionen führe. Grundsätzlich sei aber zu bemerken, dass eine globale Minderausgabe eine Maßnahme des Haushaltsvollzugs und nicht der Haushaltsaufstellung sei.

**Werner Jostmeier (CDU)** weist darauf hin, dass die Fraktion der CDU einen Änderungsantrag zu Kapitel 02 030 im Hauptausschuss einbringen werde, bei den Zuschüssen für Projekte im Ausland den Ansatz auf 1.198.700 € zu erhöhen. Damit werde der Ansatz erreicht, der in der Vergangenheit ebenfalls zur Verfügung gestanden habe. Entsprechende Deckungsvorschläge werde man selbstverständlich unterbreiten.

**Gabriele Sikora (SPD)** zieht die Schlussfolgerung, dass von der Fraktion der CDU versäumt worden sei, einen Änderungsantrag zur heutigen Sitzung einzubringen. Da der Änderungsantrag nicht vorliege, könne darüber heute im Ausschuss auch nicht abgestimmt werden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Entwurf des Kapitals 02 030 mit den Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU und der FDP zu.

Der **Ausschuss** befasst sich nun mit dem **Einzelplan 10**.

**Dietmar Brockes (FDP)** führt aus, die Fraktion der FDP habe sich die Mühe gemacht, nach weiteren Einsparpotenzialen Ausschau zu halten. Ergebnis sei der vorliegende Änderungsantrag, der Einsparungen bei den Zuschüssen zum Aufbau eines Netzes von "Eine-Welt-Promotorinnen und Promotoren" zum Inhalt habe. Dieses Thema sei in diesem Jahr schon öfter diskutiert worden. Es habe im Ausschuss nicht deutlich gemacht werden können, dass durch die Einberufung der Promotorinnen und Promotoren neue Eine-Welt-Gruppen entstanden oder verstärkte Aktivitäten in diesem Bereich zu verzeichnen gewesen seien. Vielmehr sei sogar eine Verstaatlichung des Ehrenamts festzustellen. Diese Entwicklung werde von der Fraktion der FDP nicht befürwortet. Die Fraktion der FDP stimme den Fachpromotoren zu, durch die die inhaltliche Arbeit vor Ort in den Eine-Welt-Gruppen unterstützt werden solle, aber es sei nicht erwünscht, dass durch die lokalen Promotoren die Arbeit der Ehrenamtlichen übernommen werde. Er bitte daher, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

**Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**, erwidert, von den Ehrenamtlichen werde dieser Kürzungsvorschlag vollkommen anders gesehen, da der Zuschuss von ihnen als eine Stärkung betrachtet werde. Über einen geringen staatlichen Zuschuss erziele man enorme Erfolge im ehrenamtlichen Bereich. Daher sei es sinnvoll, mit den Ehrenamtlichen vor Ort zu sprechen und deren Meinung zu den Promotoren einzuholen. Wenn im Eine-Welt-Bereich so viel Geld wie für den Fußball zur Verfügung stehen würde, könnte im Eine-Welt-Bereich sehr viel mehr geleistet werden. Mit ganz wenig Geld werde im Eine-Welt-Bereich eine enorme ehrenamtliche Arbeit verstärkt und bereichert.

Gerade nach dem 11. September könne Nordrhein-Westfalen auf eine solide Arbeit zurückblicken, während in anderen Ländern nun das nachgearbeitet werden müsse, was während der vergangenen Jahre versäumt worden sei. In Nordrhein-Westfalen sei eine gute Struktur aufgebaut worden, um die Nordrhein-Westfalen von anderen Ländern beneidet werde. Sie sei sehr stolz auf das, was von den Promotoren geleistet worden sei, da sie als das Kernstück der entwicklungspolitischen Arbeit in Nordrhein-Westfalen zu betrachten seien. Ohne diese Promotoren wären viele Dinge im ehrenamtlichen Bereich nicht möglich. Deshalb bilde gerade die Existenz der Promotoren die Grundlage für viele Tätigkeiten im ehrenamtlichen Bereich.

**Ausschussvorsitzende Ute Koczy** betrachtet die Fachpromotorinnen als einen wichtigen Stützpfiler für die Eine-Welt-Politik in Nordrhein-Westfalen. Der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei es unverständlich, wie ein solcher Antrag, der isoliert in den gesamten Komplex eingreife, ohne Berücksichtigung der weitreichenden Arbeit der Promotorinnen und ihrer

effektiven Arbeit eingebracht werden könne. Deshalb reagiere die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nur mit Entsetzen auf diesen Änderungsantrag.

**Ilka Keller (CDU)** hält das Promotorenmodell zwar für sinnvoll, aber es dürfe nicht immer weiter ausgebaut werden. Es müsse sinnvolle Entwicklungshilfe im Ausland geleistet werden, die nicht nur nach innen verlagert werden dürfe. Deshalb werde die Fraktion der CDU dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP zustimmen.

**Ausschussvorsitzende Ute Koczy** gibt zu bedenken, bei den Promotoren gehe es darum, die Bewusstseinsarbeit, die im Rahmen der Konferenz von Rio angekündigt worden sei, aufzugreifen, um in den Industriestaaten das Bewusstsein für internationale Zusammenhänge zu fördern. Diese Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit werde in Nordrhein-Westfalen beispielhaft für ganz Europa umgesetzt. Dem widerspreche die Aussage, sich besser nach außen zu projizieren. Klar sei, dass die Probleme auch von den Industriestaaten ausgehen. Als Beispiel nenne sie die Finanzierung einer Ölpipeline in Ecuador.

**Angela Freimuth (FDP)** greift das Stichwort "Entsetzen" auf und stellt fest, dass man in Nordrhein-Westfalen vor der Notwendigkeit stehe, Prioritäten zu setzen. Genau dies geschehe vonseiten der Fraktion der FDP. Wenn genügend Geld zur Verfügung stehen würde und beispielsweise die Unterrichtsversorgung gesichert wäre und die Arbeitslosenquote gesenkt worden wäre, hätte die Fraktion der FDP keine Bedenken, für die Eine-Welt-Promotoren weitere Mittel zur Verfügung zu stellen. Insofern sei das Stichwort "Entsetzen" nicht angebracht.

**Werner Jostmeier (CDU)** hält das Stichwort "Entsetzen" ebenfalls nicht für angebracht. Seines Wissens habe sich die Fraktion der CDU im Jahr 1997 gerade gegen die jetzt deutlich werdende Entwicklung gewandt. Bis zu diesem Zeitpunkt sei die konkrete Projektförderung mit 60 : 40 aus dem zur Beratung stehenden Haushalt gefördert worden. Dieses Verhältnis sei zugunsten der Promotorinnen und Promotoren in das Gegenteil umgewandelt worden, weil die Absicht bestanden habe, die Promotorinnen und Promotoren neu ins Werk zu setzen.

Er streite nicht ab, dass durch die zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklungen ein Beitrag dazu geleistet worden sei, das Ehrenamt teilweise zu stärken. In den vergangenen Haushaltsberatungen sei von der Fraktion der CDU immer wieder deutlich gemacht worden, dass man die Prioritäten gerne bei konkreten Projekten vor Ort setzen würde. Deshalb sollte zugunsten konkreter Projekte bei den Promotorinnen und Promotoren gespart werden.

**Karin Jung (SPD)** ist der Meinung, aufgrund der veränderten weltpolitischen Lage sei es sinnvoll, vor Ort möglichst viele Menschen zu haben, die sich mit Problemen internationaler Politik beschäftigen und denen bekannt sei, dass sich die Situation in anderen Teilen der Welt

anders darstelle. Bei manchen Debatten in der Bundesrepublik Deutschland erlebe man genau das Gegenteil von Weltläufigkeit.

Denjenigen, die gute Promotoren vor Ort beobachten, sei bekannt, dass sich Strukturen gebildet haben, die das Ehrenamt enorm unterstützen und einbinden. Die Bildung von Netzwerken vor Ort sei erforderlich, um helfen zu können. Die Vernetzung der Arbeit vor Ort zwischen den verschiedenen ausländischen Gruppen, den Gruppierungen der Kirchen und den in einzelnen Projekten Engagierten habe sich aufgrund des Projekts sehr gut entwickelt.

Sie halte es für verfehlt, diesen Bereich immer wieder zur Disposition zu stellen. Die Priorität sollte bei einer weiteren Aneignung von Projekterfahrung und auf einen weiteren internationalen Austausch gelegt werden, weil Nordrhein-Westfalen nur dadurch für das nächste Jahrhundert tauglich werde.

**Bernhard von Grünberg (SPD)** stellt fest, Zahlungen in diesem Bereich seien nur möglich, wenn es dafür in der Bevölkerung eine breite Rückendeckung gebe. An dieser Rückendeckung habe es bisher gefehlt. Wenn im Inland dafür ein Bewusstsein geschaffen werde, könne man in der Außenpolitik Fortschritte erzielen. Über solche Maßnahmen gelinge es, in der Bevölkerung die Bereitschaft zu wecken, Spenden an die entsprechenden Länder zu leisten.

**Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**, führt aus, sie als Fachministerin habe andere Prioritäten gesetzt als dies durch die Fraktionen der CDU und der FDP geschehen sei. Sie wolle jedoch noch anmerken, dass im Änderungsantrag der FDP lediglich eine Kürzung und nicht eine Umschichtung zugunsten eines anderen Haushaltsansatzes vorgeschlagen werde.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU und der FDP **ab**.

Der **Ausschuss** stimmt dem Entwurf des Kapitels 10 045 mit den Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU und der FDP **zu**.

## **5 Gemeinwohlorientierte Leistungen als Teil des europäischen Gesellschaftsmodells**

Antrag der Fraktion der SPD und  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 13/1223

in Verbindung damit

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/1349



# **Geschäftspolitik**

## **heute und morgen**

## **Deutscher Entwicklungsdienst (DED)**



Vorfeldorganisation des BMZ

Unternehmen mit differenziertem Personal- und Leistungsangebot:

Im Mittelpunkt steht die Entsendung von Fachkräften und die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Im Haushaltsjahr 2001 stehen dem DED 156 Millionen DM (davon 19 Mio. ZFD + 4 Mio. Umzug) zur Verfügung.

## Was wir tun/Fachkräfte



Wir entsenden ca. 1000  
Entwicklungshelfer in 45 Länder,  
Schwerpunkt Afrika

Wir fördern Nachwuchskräfte (NFP)

Wir unterstützen und beraten  
einheimische Organisationen und  
Selbsthilfe-Initiativen.

Wir nehmen die Sekretariats-funktion  
für das BMZ im  
Zivilen Friedensdienst wahr und  
führen eigenen ZFD- Maßnahmen  
durch.



## Die Fachkräfte



Die Entwicklungshelfer sind Fachkräfte auf Zeit.

Sie verbinden Professionalität mit sozialem Engagement und interkultureller Kompetenz

Der DED ermöglicht eine individuell zugeschnittene Vorbereitung und Fortbildung seiner Fachkräfte

Als Rückkehrer sind sie ein wichtiges Potential für:

1. die entwicklungspolitische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit
2. die deutsche Wirtschaft

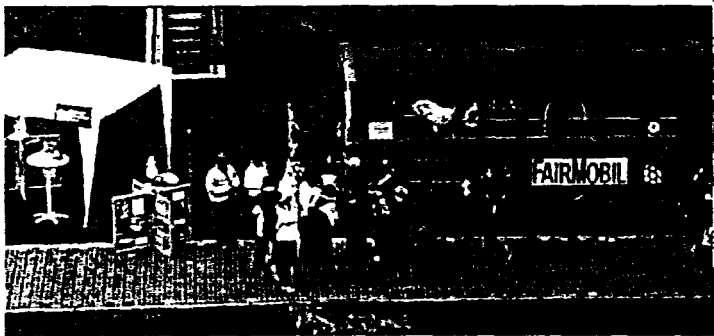




## Was wir tun: entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit



Potential der Rückkehrer  
Unterstützung des Agenda  
- Prozesses, Rio +10  
z.B. Promotorin in NRW  
Inlandsverträge (9 in NRW)



# Was wir tun/Bewusstseinsbildung



Schulprogramm, Wissenstransfer, Partnerschaften Nord-Süd  
1000 Schüler und Lehrer in den ersten 3 Monaten in NRW



# Die sektoralen Schwerpunkte



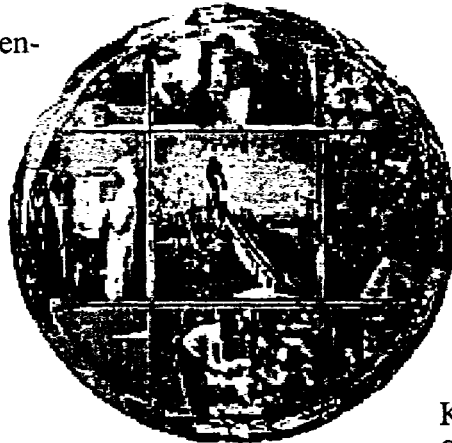
## Armutsbekämpfung

Nachhaltige Ressourcen-  
sicherung

Basisgesundheits- und  
AIDS - Bekämpfung

Stärkung der  
Zivilgesellschaft

Ausbildungs- und  
Beschäftigungsförderung



Konfliktbearbeitung,  
Friedensförderung

Demokratieförderung

Technologietransfer,  
Energieeffizienz

Kommunale  
Selbstverwaltung



## Der Zivile Friedensdienst

### Thematische Schwerpunkte:

- Dialogprogramme
- Trauma-Arbeit
- Menschenrechtsarbeit
- Reintegration von Flüchtlingen und ehemaligen Soldaten
- Training in Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung

### Länder:

28 Projekte in 13 Ländern:  
Simbabwe, Peru, Sudan,  
Guatemala, Uganda, Bolivien  
Tschad, Kambodscha, Ruanda,  
Chile, Guatemala, Ekuador,  
Niger  
In Palästina sind Maßnahmen  
geplant.

## Bsp. Mpumalanga



Projekt zur Förderung der Kommunalen Selbstverwaltung

Trägerorganisation: Eine Distriktverwaltung in Mpumalanga

Ziel: Ausgewählte Distrikte werden im Rahmen eines DED/GTZ Kooperationsvorhabens durch drei DED Fachkräfte beim Aufbau von Organisationsstrukturen und Managementsystemen personell unterstützt. Die DED Arbeitsplätze fördern insbesondere ländliche Distrikte in den durch ehemalige „Homeland“-Strukturen geprägte Provinzen

Zielgruppe: Die Gemeinde insgesamt unter besonderer Berücksichtigung jener Bevölkerungsgruppen, die bisher im Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Einkommensmöglichkeiten benachteiligt waren.

# Allianzen für eine nachhaltige Entwicklung



Dialog mit der Wirtschaft und Organisationen:  
Kooperationsprojekte im gemeinsamen Interesse

**Bsp.: Zusammenarbeit RWE - DED**

Projekt: Ländliche Elektrifizierung  
auf den Philippinen mit dem Ziel:  
Erhöhung der landwirtschaftlichen  
Produktion und Verbesserung der  
Trinkwasserversorgung

RWE: technische Kompetenz und  
Finanzierung

DED: Beratung und Sicherung der  
Nachhaltigkeit der Anlagen

**BSP: FLO - DED**

- Inspektoren,
- Unterstützung der Produzenten,
- Vermarktung,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Bewusstseinsbildung

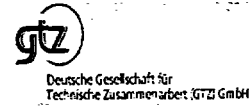


**FAIRTRADE LABELLING ORGANIZATIONS INTERNATIONAL**

## Kooperationen



zur Zeit sind 428 Entwicklungshelfer in 236 Kooperationsprojekten tätig



Kooperationspartner national:  
GTZ, KfW, DWHH, DEG, pol.  
Stiftungen u.a.,



Europäische Union



International: UNDP, UNHCR,  
UNICEF, UNV, Weltbank, AFVP  
u.a. Entsendedienste





## Herausforderungen/Ziele

Interkulturelle Kompetenz des DED nutzen

Beitrag zur weltoffenen und toleranten Gesellschaft weiter ausbauen

ZFD als Instrument verstärken

Neue Länderkooperationen beginnen

veränderte Rolle der EH: Berater und Multiplikator infolge gesteigener Anforderungen der Partner

Akquisition zusätzlicher Finanzmittel (DED im „Drittgeschäft“)

Qualitätsmanagement





## **DED und NRW**



Bonn: entwicklungspolitisches Zentrum  
Öffentlichkeits- -und Bildungsarbeit, Agenda 21  
interkultureller Dialog/Bewußtseinsbildung  
Dialog mit der Wirtschaft und den Medien  
Nachhaltige Entwicklung, Energieeffizienz, Rio-  
Folgeprozess  
Partnerländer: Staaten südliches Afrika, Südafrika, Vietnam